

# *Eine neue Kultur der Solidarität — „Rerum Novarum“ nach 100 Jahren (1891—1991)*

*Vortrag auf dem Studientag der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken in Bad Godesberg am 2. Mai 1991*

*Von Josef Homeyer*

Dieser Studientag steht im Zeichen einer Enzyklika, die in mehrfacher Hinsicht eine Wegmarke darstellt. Mit ihr beginnt eine neue Gattung Päpstlicher Lehrschreiben, die darauf hinweisen, daß die Kirche entschlossen ist, den sozialen Wandel aus der Sicht des Evangeliums, d. h. vor allem aus der Sicht der benachteiligten Menschen zu analysieren, zu bewerten und entsprechende Impulse zu geben — und das aus der Sicht der benachteiligten Menschen. Dies besagt bereits der Titel von Rerum Novarum: „Über die Arbeiterfrage“, die Papst Johannes Paul II. in seiner Jubiläumsenzyklika „Centesimus Annus“ „eine Enzyklika für die Armen“ nannte (n. 11). Sodann trifft das Schreiben einige sozial-ethische Aussagen, die für das katholische Sozialdenken grundlegend und kennzeichnend wurden. Beides — Ansatz wie Inhalte der Enzyklika — erklärt das große Interesse daran, 100 Jahre später die katholische Soziallehre in Rückschau und Vorschau neu zu lesen, sie zu überdenken.

Mir fällt heute die Aufgabe zu, den Blick vor allem auf Gegenwart und Zukunft zu werfen. Doch kann und will ich dies nicht tun, ohne zunächst die zentralen Aussagen zu resümieren, die Leo XIII. getroffen hat. Schließlich sind sie die Perspektive, in der die ethische Klärung auch der gegenwärtigen Sozialprobleme stehen soll.

## *1. Freiheit und Gerechtigkeit — der Markt allein genügt nicht*

Ich beginne damit, vier entscheidende Botschaften von Rerum Novarum zu nennen.

(1) Der Papst bejaht die marktbestimmte Wirtschaftsverfassung. Diese trägt vor allem der Freiheit Rechnung, auf deren institutionelle Absicherung der

Mensch als Person einen Anspruch hat. Die „hohe Würde des Menschen“ (RN 32) war der Grund, weshalb der Papst so ausführlich auf das bedrückende Los der Arbeiterschaft einging. Diese Würde verlangt, daß es im Leben der Gesellschaft soviel Freiheit gibt, wie möglich und ethisch vertretbar ist. Das betrifft auch die Wirtschaft, die eine freiheitliche Verfassung braucht.

Eine freiheitliche Wirtschaft kann zusätzlich — nach einem Wort aus Rerum Novarum — „die Quellen des Wohlstands“ (RN 12) offenhalten. Sie hat sogar, wenn ihr soziale Komponenten hinzugefügt werden, eine gute Chance, die „ungeheure Kluft“ (RN 35) zwischen den sozialen Klassen auf freiheitlichem Weg zu verringern. Tatsächlich hat ja der freie Markt — jedenfalls bei uns — zu technischem Fortschritt und einer Steigerung der Produktivität geführt, die entscheidende Faktoren dafür sind, daß eine breite Mehrheit der Bevölkerung in einem Wohlstand lebt, der früher unvorstellbar war.

Indessen bringt Leo XIII. in aller Klarheit auch zum Ausdruck, daß die wirtschaftliche Freiheit — wie schon angedeutet — alleine nicht genügt. Der Mensch hat nicht nur einen Anspruch auf die Freiheit, sondern auch auf die Gerechtigkeit. Freie Wirtschaft schafft nicht von sich aus auch Gerechtigkeit. Der Papst erläutert dies an vielen Beispielen. Eines von ihnen ist der Arbeitsvertrag. Die freie Lohnvereinbarung kann auch zur Gewaltausübung werden, wenn nämlich der übermäßig starke Arbeitgeber dem übermäßig schwachen Arbeitnehmer die Lohnhöhe praktisch diktiert, ohne daß in Betracht gezogen wird, was jener zur Sicherung seines Lebensunterhalts braucht (RN 34). Dies ist eine Verletzung der Gerechtigkeit. Eine ähnliche Feststellung hat später Paul VI. in bezug auf den internationalen Handel getroffen (PP 59). Die Wirtschaftsordnung muß von Freiheit und Gerechtigkeit zugleich geprägt sein, sie muß „soziale Marktwirtschaft“ sein.

(2) Der Papst bejaht das Privateigentum. Er betrachtet es als die natürliche, rechtmäßige Frucht der Arbeit. Ausdrücklich bekräftigt er auch das Recht auf Eigentum an Grund und Boden bzw. an den Mitteln der Produktion.

Gleichwohl zieht er auch dem Privatbesitz klare Grenzen. Zum einen hören die Güter dieser Erde — vor allem Grund und Boden —, unabhängig von der rechtlichen Ordnung ihrer Nutzung, nicht auf, „der Gesamtheit zu dienen“ (RN 7). Sie haben eine

Gemeinbestimmung, die für die konkrete Ordnung der Eigentumsverhältnisse normativ ist. In neuerer Zeit hat Johannes Paul II. diesen für die katholische Soziallehre wichtigen Gedanken weiter konkretisiert und gesagt, es sei die Bestimmung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln, der menschlichen Arbeit zu dienen (LE 14).

Darin deutet sich eine zweite Grenze an, die *Rerum Novarum* dem Privateigentum zieht: Es darf nicht zum Instrument der Herrschaft und Unterjochung werden, so daß — wie der Papst sagt — „wenige übermäßig Reiche einer Masse von Besitzlosen ein nahezu sklavisches Joch auflegen“ (RN 2).

(3) Der Papst bejaht die interessenplurale Gesellschaft. Er verteidigt das Recht zur Gründung von Arbeitervereinen, privaten Gesellschaften und Genossenschaften, das der Staat nicht antasten dürfe. Gewiß, bis die Kirche nicht nur die Gründung solidarischer Zusammenschlüsse akzeptierte, sondern die Gewerkschaften als Gegenmacht, als Interessenvertretung der Arbeitnehmer und als Sozialpartner anerkannte, bedurfte es noch eines langen Klärungsprozesses. Heute ist unumstritten, daß die Gewerkschaften — wie es Johannes Paul II. sagte — ein „positiver Faktor der sozialen Ordnung und Solidarität“ sind (LE 2). Johannes Paul II. betont, daß sie wie die anderen gesellschaftlichen Gruppen auf das Gemeinwohl hingeeordnet sind und sein müssen. Dies gerade dann, wenn sie „auf die Verbesserung all dessen abzielen ... , was im System des Eigentums an den Produktionsmitteln oder in der Art, sie einzusetzen und über sie zu verfügen, fehlerhaft ist“.

(4) Der Papst bejaht und fordert den sozialen Rechtsstaat. Damit geht er über die Idee eines bloß liberalen Rechtsstaates hinaus. Alle, so sagt er, seien Bürger, die Besitzenden wie die Besitzlosen. Zudem entstehe im Staat der Wohlstand „nicht anderswoher als aus der Arbeit der Werktätigen“ (RN 27). Die Gerechtigkeit verlange, daß der Staat, der „für alle da ist“ (RN 27), besonders die schützt, die über geringen Besitz verfügen, zugleich aber die Bevölkerungsmehrheit bilden.

Leo XIII. konkretisiert das Sozialstaatsgebot. Er nennt als Beispiele den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Arbeitszeitregelungen, den besonderen Kinderschutz und die Sonntagsruhe.

Ich habe also vier zentrale Botschaften von *Rerum Novarum* genannt. Das Schreiben plädiert 1. für eine

gerechtigkeitsorientierte, freie Wirtschaftsverfassung, 2. für das Recht auf Privateigentum, das allerdings sozialpflichtig bleibt, 3. für Strukturen, die dem gesellschaftlichen Interessenpluralismus Rechnung tragen, und 4. für den freiheitlichen, aber auch sozialen Rechtsstaat.

Mit einem Wort: Der Papst bejaht und fordert bei der Ordnung von Gesellschaft und Staat die Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit. Genau darin liegt, so meine ich, der entscheidende programmatische Impuls, den *Rerum Novarum* der weiteren Entwicklung und Entfaltung der katholischen Soziallehre gab. Genau darin liegt auch der Impuls, den dieses Lehrschreiben heute noch uns gibt, die wir vor neuen sozialen Herausforderungen stehen und unsere Gegenwart und Zukunft — wie Leo XIII. aus der Perspektive des Evangeliums, d. h. vor allem aus der Perspektive der gesellschaftlich Schwachen — betrachten und gestalten wollen.

## *2. Eine neue Solidarität ist der Schlüssel zur Zukunft*

In Deutschland und Europa als Ganzem gibt es heute andere soziale Herausforderungen als jene, die *Rerum Novarum* ansprach. Der industriellen Revolution folgten weitere, nicht minder radikale Wandlungsprozesse. Die innovativen Technologiebereiche, vor allem die Kommunikations- und die Biotechnologie, greifen schon heute in den Wirtschaftsprozess revolutionierend ein und werden dies auch künftig tun. In der gesellschaftlichen Entwicklung gab es nach der bürgerlichen Revolution des vergangenen Jahrhunderts weitere Umbrüche, deren letzte die Freiheitsrevolutionen des Jahres 1989 waren. Dennoch: Ich glaube, daß trotz aller Unterschiede, die uns von der Zeit Leos XIII. trennen, die wirklich grundlegende Aufgabe nach wie vor nicht hinreichend gelöst ist: nämlich die Vermittlung von Freiheit und Gerechtigkeit, die ein Grundmuster der sozialen Ordnung sein muß, damit diese der gottgegebenen Würde des Menschen entspricht.

### *(1) Zeichen der Zeit*

Ich möchte zunächst ausführlich drei herausragende Zeichen unserer Zeit nennen, die nach meiner Ansicht das Terrain beschreiben, auf dem sich diese Aufgabe der Vermittlung von Freiheit und Gerechtigkeit in Deutschland und Europa gegenwärtig stellt.

(a) Ein dreifacher Aufbruch

Ein erstes Zeichen ist die Entwicklung in Deutschland, Europa und im Nahen Osten. Die ungarischen Soldaten, die vor zwei Jahren die Zäune an der Grenze zu Österreich niederrissen, haben in der damaligen DDR — auf sie konzentriere ich mich zunächst — einen Massenaufbruch initiiert, der letztlich zum Ende der Nachkriegszeit führte. Dieser Aufbruch war durchaus vielschichtig. Es gab die Ausreisebewegung, die darauf abzielte, am westlichen Wohlstand teilhaben zu können. Damit war innerlich fest verbunden die Freiheitsbewegung, die eine allmählich gereifte Frucht des KSZE-Prozesses ist. Schließlich gab es in der DDR eine religiös-soziale Bewegung, die ihre Dynamik und Formation nicht zuletzt im ökumenischen Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbe-wahrung hatte. Diese und weitere Kräfte brachten schließlich auch im Osten Deutschlands den Sozialismus, vor allem die Kommandowirtschaft und die staatliche Bevormundung der Gesellschaft, zu Fall. Die Menschen wollten und wollen die freiheitliche Ordnung von Gesellschaft und Ökonomie. Durch die staatliche Vereinigung am 3. Oktober 1990 ist ganz Deutschland dieser Ordnung einen entscheidenden Schritt nähergekommen, ohne daß uns dieser Tag in ein imaginäres Land vollendeter Freiheit und Gerechtigkeit geführt hätte oder führen konnte.

Zugleich mit dem Aufbruch in Mittel- und Osteuropa gibt es einen Aufbruch in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Seine ehrgeizigen Ziele sind der europäische Binnenmarkt, die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion. Noch vor zehn Jahren schien dieser westeuropäische Aufbruch alles andere als wahrscheinlich. Man sprach von der „Eurosklrose“ und gab der europäischen Wirtschaft wegen der amerikanischen und japanischen Konkurrenz wenig Zukunft. Den Umschwung brachte die politische und unternehmerische Führungsschicht, die auf umfassende und beschleunigte Modernisierung der westeuropäischen Volkswirtschaften setzte. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft schuf dafür in ihrem bekannten Weißbuch im Jahre 1985 ein Signal. Sie nannte 300 Regelungserfordernisse, um bis Ende 1992 in der Gemeinschaft die Freiheit der Menschen, der Dienstleistungen, des Warenverkehrs und des Kapitals zu schaffen. Das Ergebnis sollten mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze, mehr Wohlstand und weniger Inflation für 300 Millionen Menschen sein.

Der doppelte Aufbruch in Osteuropa und Westeuropa hat die Menschen gewiß beflügelt. Doch hat der Krieg

im Golf in diesem Jahr die falsche Hoffnung, es stehe eine glückliche Zeit weltweiten Friedens unmittelbar bevor, rasch zerstört. Täglich lehren uns die Medien, daß dieser Krieg in einer Region geführt wurde, deren zahllose Probleme auf militärische Weise letztlich nicht gelöst werden können. Der Krieg stand im Zeichen der Wiederherstellung der Rechtsordnung. Doch ist der Konflikt weitaus größer. Das koloniale Erbe, das Streben nach regionaler Vormachtstellung, der israelisch-palästinensische Konflikt spielen dabei ebenso eine Rolle wie soziale, religiöse und ethnische Spannungen in den Staaten, Wirtschafts- und Machtinteressen der westlichen Staaten sowie die Abhängigkeit der arabischen Staaten von den reichen Industrieländern.

Ich denke, die für uns völlig unverständliche Sympathie, welche Saddam Hussein bei Menschen vor allem in unterentwickelten Ländern findet, stellt die Frage, ob in deren Augen nicht im Golfkrieg auch der Antagonismus zwischen Norden und Süden im Spiel war.

(b) Die westliche Wirtschaftsweise als unbestrittener Maßstab

Durch den Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftssystems wurde die überragende Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft erst recht deutlich. Dies ist ein zweites Zeichen unserer Gegenwart. Es bestätigt — am Rande gesagt — die Richtigkeit der in *Rerum Novarum* gemachten Aussagen bezüglich der Bejahung des Marktes.

Zur Marktwirtschaft des Westens gibt es nach allem Anschein keine bessere Alternative. Sie zeigt eine tatsächlich beeindruckende Leistungsbilanz: ein breites Spektrum des Massenkonsums, das Armut und Not bei uns weit zurückgedrängt hat, ein quantitativ und qualitativ ausgedehntes Güterangebot, eine kontinuierliche Ausdehnung des Wohlstands — etwa von den Bessergestellten zur Grundsicht der Bevölkerung, von den städtischen Zentren zur ländlichen Peripherie. Sodann gibt es eine hohe Produktivität, die ein Wachstum von Produktion und Einkommen sowie Verringerung der Arbeitszeit gestattet. Hinzu kommen differenziertere Bildungsgänge und ein beachtliches Netz sozialer Sicherung in Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit. Schließlich findet sich ein hohes Maß an Innovation — bis hin zu den neuen, umweltfreundlichen Technologien und Produkten.

Mit der Fortentwicklung der westlichen Wirtschaftsweise sind gesellschaftliche Wandlungsvorgänge verbunden. Ich nenne einige Beispiele: Die Gestalt von Ehe und Familie und manche Funktionen haben sich grundlegend geändert, ohne daß deren Bedeutung als Ort der Vermittlung zwischen dem einzelnen Menschen und der Gesellschaft aufgehoben wäre. Sodann erleben wir sehr deutlich das Zurücktreten gewachsener sozialer und religiöser Milieus. Lebensstile und -formen werden vielfältiger und bewirken eine weitere Pluralisierung der Gesellschaft. Damit wird der individuelle Freiheitsraum noch größer: die persönliche Lebensführung samt den Bindungen, die man eingeht, sind in gestiegenem Ausmaß gestaltungsoffen. Es liegt in der Logik dieser Entwicklung, daß die Menschen viel Energie auf die Entfaltung der eigenen Person verwenden. Dies ist eine Folge freiheitlicher Verhältnisse.

So zeigen sich die westliche Gesellschaft und ihre Marktwirtschaft als leistungsstark, ohne bessere Alternative.

#### (c) Die Gesellschaft auf dem Weg in die Spaltung?

Indessen gibt es ein drittes Zeichen unserer Zeit, das ich nennen möchte. Es rückt weniger die Freiheit in den Mittelpunkt als deren — folgt man der katholischen Soziallehre — nötige Ergänzung durch die Gerechtigkeit.

Ich konzentriere mich zunächst auf Deutschland. Die Bundesrepublik hat in den vergangenen Jahren eine beispiellose wirtschaftliche Blüte erlebt. Die Zahl der Erwerbstätigen hat eine Rekordmarke erreicht, die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind 1982—1989 um 30% gestiegen. Zur gleichen Zeit aber erreichen uns Warnzeichen, die überdeutlich auf die Gefahr neuer Spannungen oder sogar Spaltungen in der Gesellschaft hinweisen. Da ist zunächst die große Zahl der Arbeitslosen, die sich trotz der guten Konjunktur noch der 2-Millionen-Marke nähert. 40% von ihnen haben keinen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Zudem ist 1989 die Zahl derer auf 3 Millionen gestiegen, die von der Sozialhilfe leben. Es gibt Armut in unserem Land. Sie hat viele Erscheinungsweisen und Gesichter. Von ihr sind einige Gruppen besonders belastet: die Arbeitslosen, sodann die kinderreichen Familien wie auch die Alleinerziehenden, die Alten und Hochbetagten — hier besonders die Frauen —, die Pflegebedürftigen, die Verschuldeten. Es gibt die Armut derer, die keine

bezahlbare Wohnung finden. Es gibt die Armut der schlecht qualifizierten Ausländer. Es ließen sich noch viele weitere Beispiele für die Gefahr neuer Spannungen und Spaltungen anführen. Die negative Verschiebung der Einkommensverteilung ist eines von ihnen: die bereinigte Lohnquote ist von 65% (1980) auf 56% (1989) geschrumpft und damit wieder auf dem Stand von 1960.

Ich denke aber auch an die teilweise inhumanen Auswirkungen unserer Wirtschaftsweise und andere Belastungen durch sie: das steigende Interesse der Unternehmen an Sonntagsarbeit sowie an Nacht- und Schichtarbeit, die — ganz abgesehen von sonstigen Erwägungen — oft schon zum biologischen Rhythmus der Menschen im Widerspruch stehen. Der Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) spiegelt den gestiegenen Bedarf an Flexibilisierung der Arbeitszeit, an mehr Samstags- und Sonntagsarbeit und mehr Nachtarbeit wider.

Ein anderes Beispiel sind die Selektionsprozesse, die wir erleben. Das betrifft die gesellschaftliche Marginalisierung z. B. der nicht oder schlecht qualifizierten Jugendlichen aus den geburtenstarken Jahrgängen. Ihr Schicksal ist oft, nach Ausbildung und Umschulung zu schwer Vermittelbaren zu werden. Gestiegenes Bildungsniveau und technologische Innovationen wurden ihnen zum Verhängnis. Eine Problemgruppe sind nach wie vor die Frauen. Oft wird z. B. die Befürchtung laut, sie könnten ihren eigenen Lebensplänen zuwider im Zeichen einer „Refamilisierung“ sozialer Leistungen einem steigenden Druck ausgesetzt sein.

Kurzum: Es gibt überdeutliche Hinweise auf Spannungen und Spaltungen zwischen Leistungsstarken und Leistungsschwachen, Männern und Frauen, Jungen und Alten, Deutschen und Ausländern. Sie werfen neues Licht auf die nötige Verbindung von Freiheit und Gerechtigkeit.

In dieser Situation stellt der Prozeß des wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenwachsens der beiden Teile Deutschlands eine zusätzliche Herausforderung dar. Wir erleben täglich, wie die Aufbaustimmung in Depression, Verbitterung und Wut umgeschlagen ist oder umzuschlagen droht. Die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern erleben von Tag zu Tag Massenentlassungen, Einkommensverluste — und gleichzeitig zahllose Preiserhöhungen. Selbst pessimistische Schätzungen, wonach die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland bis zur 3-Millionen-Grenze

klettern könnte, scheinen nicht mehr länger unrealistisch zu sein.

Signale neuer Spannungen sind nicht auf Deutschland beschränkt. Die Europäische Gemeinschaft steht insgesamt z. B. vor der bangen Frage, ob sie am Vorabend einer gigantischen Migrationsbewegung lebt, die Ströme von Menschen aus dem Osten und Süden in die Gemeinschaft führen würde. So könnte es passieren, daß Millionen von Sowjetbürgern — man spricht von 2—5 Millionen — ihr Land infolge wirtschaftlicher Versorgungsprobleme oder ethnischer Konflikte oder aus Furcht vor einer neuen Diktatur verlassen und in der Europäischen Gemeinschaft Aufnahme suchen. Andernorts beobachten wir das Wiedererstarken des Nationalismus, das ethnische oder religiöse Minderheiten zur Flucht bewegt. Ich denke an Rumänien, Bulgarien oder Jugoslawien. Aber auch in Polen, Ungarn sowie in der Tschechoslowakei drohen viele aus Furcht vor der wirtschaftlichen Liberalisierung zu fliehen.

Daneben sollten wir nicht aus dem Auge verlieren, daß es auch im Innenraum der Europäischen Gemeinschaft infolge des Binnenmarktprogramms erhebliche Änderungen geben wird. Seine positiven Erfolge wird der Gemeinsame Markt — so sagen viele voraus — nur um den Preis erheblicher Unternehmenskonzentrationen entfalten können. In manchen Branchen, z. B. von den Computerherstellern, den Haushaltsgerätefabriken und Autofirmen, wird möglicherweise nur die Hälfte der Unternehmen überleben (Cecchini-Bericht). Es könnte gemeinschaftsweit zu neuen Spannungen und Spaltungen kommen, die im großen zwischen strukturschwachen und leistungsstarken Regionen, im kleinen zwischen kleinen und großen Unternehmen ausgetragen werden. Untersuchungen der EG-Kommission zeigen deutlich, daß Armut in Europa eine Tatsache ist und ganz und gar nicht überwunden. So mußten sich 1985 in der Bundesrepublik 9 % der Bevölkerung, in Frankreich 18 %, in Spanien 20 %, in Griechenland 24 % und in Portugal 28 % mit der Hälfte des Durchschnittseinkommens bescheiden. Auch hier wird die Frage unausweichlich, ob Freiheit und Gerechtigkeit in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen, ob die bemerkenswerten Gewinne des Binnenmarktes nicht sehr ungleich verteilt sein werden.

Noch negativer muß diese Frage im Blick auf die Entwicklungsländer beantwortet werden. Während in den Industrieländern in den 80er Jahren das Pro-Kopf-Einkommen stieg, ist es in ihnen gesunken. Bei starker

Differenzierung im einzelnen sind es gerade die ärmsten Entwicklungsländer, deren Ernährungslage sich in den letzten 10 Jahren verschlechtert hat. Manche Experten sprechen sogar von einem verlorenen Entwicklungsjahrzent. Paradoxierteise findet seit 1984 ein realer Ressourcentransfer statt: die Zins- und Tilgungszahlungen der Entwicklungsländer sind höher als die langfristigen Auslandskredite, die sie aus den Industrieländern erhalten.

## (2) Strukturen der Ungerechtigkeit

Beschränken wir uns auf diese drei Zeichen der Zeit: den Aufbruch, den wir in Deutschland und ganz Europa erleben; die Attraktivität des freien Marktes und die Gefahr neuer Spannungen und Spaltungen. Wir müssen, wenn wir dem Ansatz von Rerum Novarum folgen wollen, diese Zeichen der Zeit aus der Perspektive der Schwächeren lesen. Dies fällt uns nicht immer leicht, besonders dann nicht, wenn wir selbst — als einzelne, als Deutsche oder als Bürger der Europäischen Gemeinschaft — zu den Stärkeren zählen. Wir verfallen leicht in eine einseitige Betrachtungsweise, die übersieht, daß die für uns vorteilhaften Strukturen des freien Marktes und der Weltwirtschaft aus der Perspektive der Mehrheit der Weltbevölkerung eine negative Qualität haben. Diese sieht sich nicht nur vom wirtschaftlichen Reichtum, über den die Erde verfügt, weithin ausgeschlossen, sondern auch von den Entscheidungsprozessen des Weltwirtschafts- und Welternährungssystems.

Wir spüren alle, wie dringlich die Frage nach der Gerechtigkeit auch heute noch ist. Wir spüren, wie sehr uns das von Rerum Novarum bekräftigte Prinzip der Gemeinbestimmung der Güter fordert. Wir spüren, daß Freiheit unverzichtbar bleibt, aber nur dann wirklich human ist, wenn sie ihre Bindung an die Gerechtigkeit nicht nur nicht löst, sondern im Gegenteil verstärkt.

Wir können uns auch der Analyse nicht entziehen, die Papst Johannes Paul II. in seinem Entwicklungsrundschreiben (*Sollicitudo Rei Socialis*) niedergelegt hat. Er identifizierte „ungesteuerte Mechanismen“ der Weltwirtschaft, die „fast automatisch wirken, wobei sie die Situation des Reichtums der einen und der Armut der anderen verfestigen. Solche Mechanismen, von den stärker entwickelten Ländern in direkter oder indirekter Weise gesteuert, begünstigen durch die ihnen eigene Wirkweise die Interessen derer, die über sie verfügen, erdrücken ... aber schließlich vollständig

die Wirtschaftsordnungen der weniger entwickelten Länder“ (SRS 16). Wir wissen, daß der Papst auch eine theologische Betrachtung angeschlossen und von „Strukturen der Sünde“ gesprochen hat.

Die soziale Verkündigung der Kirche will zum Abbau solcher Strukturen beitragen. Sie will die Zeichen der Zeit erkennen und — wie *Rerum Novarum* — aus der Sicht der Schwächeren deuten. Sie will — und muß! — eine neue Balance von Freiheit und Gerechtigkeit fördern.

### (3) Eine neue Kultur der Solidarität

Diese neue Balance hat als Voraussetzung, daß wir ein neues Bewußtsein der Solidarität entwickeln. Eine neue Solidarität ist der Schlüssel zu einer Zukunft — die Freiheit und Gerechtigkeit realisiert. Wir brauchen eine wirkliche Kultur der Solidarität.

Ich weiß, daß heute mit dem Appell an Solidarität oft Mißbrauch getrieben wird. Wir sollten uns dadurch nicht entmutigen oder gar ein Sprechverbot auferlegen lassen. Statt dessen müssen wir klar und deutlich umschreiben, was wir meinen, wenn wir vom Grundwert der Solidarität sprechen, der mehr und mehr zur Grundlage und zum Ferment einer freiheitlichen und gerechten Sozialordnung werden soll.

Wir wissen, daß Solidarität ein Bewußtsein der Zusammengehörigkeit ist, das Menschen miteinander verbindet und gemeinsam engagiert. Wir kennen auch die vielen historischen oder alltäglichen Beispiele dafür, wie diese Erfahrung der Gemeinsamkeit wachsen und gestaltet werden kann — nicht nur, aber oft im Kontext einer gemeinsamen Notlage. Dies gilt für die historische Solidarität der Arbeiterschaft, deren Symboltag — den 1. Mai — wir gestern begangen haben. Es gilt für die Solidarität derer, die — angefangen von der Gewerkschaftsbewegung in Polen bis hin zu den Leipziger Montagsdemonstrationen — gegen die Unfreiheit aufstanden. Es gilt auch für die Formen solidarischen Engagements im kleinen — im Beruf, in der Nachbarschaft oder in der eigenen Familie. Immer ist etwas Gemeinsames — Bedrohliches oder auch Beglückendes — die Basis der Solidarität.

Ich möchte jedoch als entscheidende Basis der Solidarität noch ein Weiteres nennen: daß die Menschen alle Person sind. Die menschliche Würde — die Personalität — ist die ethisch entscheidende Grundlage der Solidarität. Der Papst und auch die katholi-

schen Sozialethiker haben dies in jüngster Zeit mit aller Klarheit neu herausgestellt. Daß alle Menschen Person sind, schafft eine universale Gemeinsamkeit und eine globale Solidarität.

Wenn ich von der Solidarität als dem Schlüssel zur Zukunft spreche, dann denke ich daran, daß uns das Bewußtsein von der Gemeinsamkeit aller Menschen als Person den Weg in jene Zukunft bereiten wird, in der Freiheit und Gerechtigkeit zum Ausgleich finden. Steinig ist dieser Weg bestimmt, weil die Solidarität der Menschen als Person immer auch in Spannung steht zu unterschiedlichen Interessen, die Menschen in einen Widerstreit bringen. Doch sollte der Interessenpluralismus — den *Rerum Novarum* bejaht — nicht zu eingeführten Solidarisierungen bloß innerhalb der eigenen Interessengruppe führen, so daß die fundamentale Solidarität der Personen verdunkelt oder gar aufgekündigt wird. Gruppenegoismus ist und bleibt unsolidarisch.

Nimmt man die menschliche Person als Ausgangspunkt der Solidarität, so ist zugleich — auch darauf machen uns die Sozialethiker aufmerksam — die Dringlichkeit der Subsidiarität neu belegt. Es widerstrebt dem Ethos der Solidarität, die Entfaltungskräfte der Menschen und ihre (gemeinwohlorientierten) Zusammenschlüsse durch Interventionen von oben zu lähmen oder zu zerstören. Dann würde ja die Grundlage der Solidarität, die menschliche Würde, negiert: „Der Wohlfahrtsstaat, der direkt eingreift und die Gesellschaft ihrer Verantwortung beraubt, löst den Verlust an menschlicher Energie und das Aufblähen des Staatsapparates aus“ (CA 48). Solidarität will und fördert die freiheitliche Verfassung, die die Subsidiarität als Baugesetz der Gesellschaft respektiert. Solidarität will und fördert zugleich die gerechte Verfassung der Gesellschaft. Sie lebt aus der Überzeugung, daß alle Menschen in ihrer Würde anzuerkennen sind. Soziale Gerechtigkeit trägt dafür Sorge, daß Bedingungen der gegenseitigen Zuordnung der Menschen geschaffen werden, die deren gemeinsamer Würde angemessen sind. So bereitet Solidarität der Gerechtigkeit den Weg.

Es übersteigt meinen Auftrag, diese Vision einer solidarischen Zukunft, die ich für sehr entscheidend, ja für grundlegend halte, hier weiter zu entfalten. Warum Solidarität universal alle Menschen und global die ganze Welt umspannen muß, ist klar: Sie beruht auf der gemeinsamen Würde der Menschen. Daß sie zugleich die Freiheit und die Gerechtigkeit fördert, ist ebenso klar. Die Rede von Solidarität ist alles andere

als ein abgenutztes Füllwort. Sie ist der Appell an einen Wert, der zum Kern jedes katholischen Sozialprogramms gehört, das *Rerum Novarum* die Treue bewahrt. Wir brauchen eine neue Kultur der Solidarität, ein lebendiges, sozial kreatives Bewußtsein der Zusammengehörigkeit — quer zu allen Interessengegensätzen. Sie ist für uns Christen zudem ein Ausdruck unseres Glaubens daran, daß die gemeinsame Würde der Menschen ihren Grund in Gott hat: in seiner Liebe, in der er uns erschaffen und in Christus erneuert hat.

Es stimmt: Die Solidarität ist nur Ausdruck unseres Glaubens. Man muß dann aber auch sagen: Unser Glaube fordert die Bereitschaft zur Solidarität. Indem die Kirche — wie Johannes Paul II. in seiner neuen Enzyklika sagt — die „Wahrheit“ sowohl „über die Erschaffung der Welt“ verkündet, „die Gott in die Hände der Menschen gelegt hat“, als auch die „Wahrheit über die Erlösung“ predigt, „durch die der Sohn Gottes alle Menschen gerettet und sie zugleich miteinander verbunden hat“ (CA. 51), gibt sie der Solidarität ihre tiefste Begründung und Verwurzelung. Von uns Christen ist darum ständige Umkehr verlangt, um den Glauben an die gemeinschaftstiftende Erlösung zu verlebendigen und so das Bewußtsein der Solidarität in uns selbst zu vertiefen. Dies um so mehr, je stärker uns selbst „die heute verbreitete individualistische Denkweise“ (CA 49) ergriffen hat, von welcher der Papst spricht.

Ich hoffe, es ist genügend deutlich geworden, was Solidarität meint und warum wir eine neue Kultur der Solidarität brauchen: um der Menschen willen. Solidarität ist eine persönliche, kommunikative und religiöse Haltung mit universaler Reichweite, das entschiedene Interesse am anderen, wirksames Engagement für das Leben und Wohlergehen eines jeden Menschen, für eine faire Verteilung der Güter der Erde, die allen gehören, für die gleiche Rangstellung eines jeden und seine Beteiligung an gesellschaftlichen Vorgängen. Solidarität steht für eine Beteiligungsgerechtigkeit, die Frieden schafft (SRS 38).

#### (4) Bewährungsfelder der Solidarität

Ich weiß, daß Solidarität, die eine Haltung ist und Erfahrung braucht, nicht von heute auf morgen geschaffen werden kann. Sie muß wachsen — und diesem Wachstum legen sich Hindernisse in den Weg. Doch denke ich, daß gerade wir Christen zu ihrem Wachstum beitragen können und sollen — bis hin zu Schaffung auch solidarischer Strukturen.

Ich will bloß in einigen Punkten verdeutlichen, welches die konkreten Bewährungsfelder einer neuen Kultur der Solidarität sein könnten.

Deutschland steht mehr als andere Länder im doppelten Kraftfeld des östlichen wie auch des westlichen Aufbruchs. Im Prozeß der Vereinigung spielen, wie wir täglich erfahren, Fragen des Eigentumsrechts — die schon *Rerum Novarum* bewegten — eine zentrale Rolle. Solidarität würde sich darin beweisen, daß im Prozeß der deutschen Einigung eine solidarische Struktur des Privateigentumsrechts an Produktionsmitteln geschaffen wird. Nach dem Verständnis katholischer Soziallehre ist dieses Recht auf Privateigentum nachrangig, wenn es nicht der Schaffung von Arbeitsplätzen dient sowie dem Einkommenserwerb der arbeitenden Menschen und ihrem Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum.

Eine solidarische Struktur muß auch bei der Verteilung der Lasten der deutschen Einigung entsprechend der Leistungsfähigkeit der Menschen in West- und Ostdeutschland gefunden werden.

Die Verteilung der Gewinn- und Lohn Einkommen im wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre entspricht bei uns nicht einer solidarischen Struktur. Es ist ungerecht, wenn das Kapital, das von den arbeitenden Menschen geschaffen wurde, zum Geld- oder Sachvermögen einer Minderheit wird. Nicht nur das Gewinn Einkommen, auch das Lohn Einkommen kann für Investitionen zur Verfügung stehen. Es macht Sinn, den Aufbau der Infrastruktur in den ostdeutschen Ländern über eine breite Kapitalbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu finanzieren und diese an den Erträgen zu beteiligen.

Das Unternehmen — nicht nur eine Kapitalgesellschaft, sondern zugleich eine „Gemeinschaft von Menschen“, zu der als Partner sowohl das Kapital wie auch die Arbeit gehören (CA 91) — muß eine solidarische Verfassung erhalten. Es entspricht der Menschenwürde und der Beteiligungsgerechtigkeit, wenn diejenigen, die von wirtschaftlichen Entscheidungen betroffen sind, an der Vorbereitung, an den Entscheidungen selbst und an deren Durchsetzung aktiv beteiligt werden. Die Manager müßten ihre Geschäftsführung sowohl vor den Arbeitern als auch vor den Kapitaleignern verantworten.

Ein anderes Beispiel ist die Asyl- und Ausländerpolitik. Faktisch sind Millionen von Menschen in die Bundesrepublik eingewandert. Denn fast 5 Millionen

Ausländer haben allein in Westdeutschland ihren Lebensmittelpunkt gefunden. Wir sollten uns in rechtlicher, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht mit ihnen solidarisch erweisen. Die nicht endende Diskussion über die Ausländerpolitik — zuletzt nochmals durch den Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten (Frau Funcke) neu belebt — zeigt an, daß hier noch manche Defizite bestehen. Mehr noch: Sollten wir vor einer Migrationswelle ungekannten Ausmaßes stehen, so ist unsere Solidarität mehr als bisher gefragt — bis hin zu den rechtlichen Regelungen der Einwanderung, die bislang vielleicht zu stark vom Prinzip der Volkszugehörigkeit bestimmt sind.

Solche Beispiele zeigen, worin sich Solidarität beweisen könnte, die dann zur Grundlage einer ebenso freien wie gerechten Gesellschaft würde.

Solidarische Strukturen sind eine vorrangige Aufgabe bei der Ordnung des Europäischen Binnenmarktes. Politische Entscheidungen müssen wieder Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. Das Europäische Parlament muß aus seinem politischen Schattendasein heraustreten. Nicht nur der Arbeitsschutz, sondern die elementaren Koalitions-, Informations- und Beteiligungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wie sie in der Europäischen Sozialcharta ursprünglich proklamiert werden sollten, müssen in Kraft gesetzt werden. Nicht nur die Spitzentechnologien der reichen Länder, sondern auch menschengerechte, beschäftigungswirksame Techniken für strukturschwache und problemreiche Regionen verdienen die Unterstützung durch die Gemeinschaft; dazu ist eine solidarische Finanzverfassung unverzichtbar.

Ich belasse es im Blick auf die Probleme der gesamteuropäischen und weltweiten Entwicklung bei einigen Anmerkungen. Wie können wir das Bewußtsein globaler Zusammengehörigkeit im Kontext der Wirtschaftspolitik verstärken? Schließlich muß eine solidarische Weltwirtschaftspolitik bei uns, im Industrieland Deutschland, beginnen. Ich denke an die Bereitschaft zur Öffnung der Märkte für Agrarprodukte der armen Länder wie auch an ein neues Bewußtsein für deren Interessen bei internationalen Handels- und Rohstoffabkommen.

Johannes Paul II. gibt in seiner neuen Sozialenzyklika in Zusammenhang mit den Entwicklungsländern einen konkreten Hinweis auf den Geist der Solidarität, die hier not tut, wenn er sagt: „Es braucht also ein großes Bemühen um gegenseitiges Verstehen, um Wissen

voneinander und um Sensibilisierung der Gewissen. Das ist die ersehnte Kultur, die das Vertrauen in die menschliche Leistungsfähigkeit des Armen wachsen läßt.“ (CA 52)

Eine Folgerung scheint mir sein zu müssen, die Konzepte der Entwicklungspolitik im Sinn einer „autogenen Entwicklung“ umzuformulieren: Nicht der Aufbau inselartiger Exportindustrien, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind, sondern die Orientierung an den Grundbedürfnissen der Armen, also der Mehrheit der Bevölkerung, und der Aufbau eines eigenständigen Wirtschaftskreislaufs, an dem Landwirtschaft, Handwerk, industrielles Gewerbe und genossenschaftliches Kreditnetz beteiligt sind, müssen vorrangig in den Blick geraten.

Schließlich: Die weltweiten Ökologieprobleme zeigen, wie sehr wir das Gefühl der Gemeinsamkeit, der Einen Welt der Menschen nötig haben.

### *3. Zeitgemäße Formen katholischen Sozialengagements*

Indessen blieben die Konsequenzen, die ich im Hinblick auf Bewährungsfelder der Solidarität gezogen habe, unvollständig, wenn ich nicht abschließend auf uns selbst, die Christen und vor allem die Katholiken, eingehen würde. Wie schon vor 100 Jahren gewinnt die Kirche auch heute ihre sozial mitprägende, konkret: die Solidarität fördernde Kraft nicht bloß aus der kirchlichen Lehre, sondern auch (und vor allem) aus dem kirchlichen Leben, zu dem wir alle in der Pluralität kirchlicher Formationen beitragen.

#### *(1) Der soziale Katholizismus gestern und heute*

Gerade in diesen Wochen gedenken wir dankbar der großen Verdienste, die sich der soziale Katholizismus in Deutschland schon zur Zeit Leos XIII. erworben hat. In unserem Hirtenwort zum vergangenen Sonntag haben wir Bischöfe die Leistung ausdrücklich gewürdigt, die Männer wie Karl-Heinrich Fürst zu Löwenstein, Ritter von Buß, Bischof Ketteler, Adolph Kolping, Franz Hitze, Franz Brandt und viele andere erbrachten. Doch auch sie konnten ihre Wirksamkeit nur entfalten, weil es die religiös-sozialen Vereine bzw. katholischen Sozialverbände, das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften gab. Wir brauchen uns nur hier in unserem heutigen Kreis umzuschauen,

um zu sehen, wie solide die enge Zusammenarbeit zwischen kirchlichem Amt und katholischen Laien damals grundgelegt wurde.

Gleichwohl hat sich seither nicht nur die Gesellschaft allgemein, sondern haben sich auch Kirche und Katholizismus tiefgreifend gewandelt. Viele sprechen — wohl zu Recht — von einer Auflösung des katholischen Milieus im Zuge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsschübe wie auch der neuen Konstellation der politischen Kräfte im Nachkriegsdeutschland. Dieser Wandel hat Konsequenzen für die deutsche Kirche insgesamt, die mit neuer Dringlichkeit vor der Aufgabe steht, sich geistlich-unterscheidend auf die moderne Welt einzulassen. Spürbar ist der Wandel aber auch in den katholischen Sozialverbänden, deren Wirkbedingungen nicht unerheblich eben jene frühere Geschlossenheit der katholischen Welt war. Wie viele Parteien und Vereinigungen geraten auch sie als Großverbände in einer zunehmend pluralisierten Gesellschaft rasch in beträchtliche Schwierigkeiten.

In dieser Situation sollten wir danach Ausschau halten, wie die bewährten Formen katholischer Beteiligung am sozialpolitischen Leben erneuert und welche neuen Formen beschlossen werden können.

## (2) Auf der Suche nach neuen Formen

Dabei scheinen mir drei Erfordernisse klar erkennbar zu sein.

Zum einen wird die Vitalität katholischer Verbände entscheidend davon abhängen, ob sie auf die neuen Fragestellungen sowohl eine inhaltliche wie auch strukturelle Antwort finden. Die Verbände müssen nicht um jeden Preis die gewachsene Form ihres Lebens und Wirkens erhalten. Sie können ihre christliche Identität auch im kritischen Dialog mit den gesellschaftlichen Strömungen der Gegenwart neu gewinnen. Sie haben die Chance, Neues in der Gesellschaft wahrzunehmen, an sich heranzulassen, zu unterscheiden und umzugestalten. So könnten sie zur Relaisstation zwischen Kirche und Gesellschaft werden. Sie könnten das zunächst Fremde übersetzen, sich vertraut und dann in Kirche und Gesellschaft zustimmungsfähig machen — und dadurch einen großen Beitrag zur Stärkung der kirchlichen Präsenz im Bereich sozialer Herausforderungen und besonders zur Förderung einer neuen Solidarität leisten.

Zweitens gibt es gute Gründe, die Arbeit und die Organisationsform der Verbände durch ein stärkeres Gewicht überschaubarer Gruppen in den Gemeinden und am Ort zu beleben oder zu ergänzen. Die Gemeinschaften an der Basis sind mit der Lebenswelt befreundeter Familien und Nachbarschaften, den Betrieben, der Wohngegend oder dem Stadtteil vernetzt. Sie können Kontakte zu Initiativen und sozialen Bewegungen knüpfen. So könnten sie ein innovatives Potential im kirchlichen Sozialengagement werden, dessen Wirkkraft noch größer würde, wenn es zu einer Verbindung mit den bestehenden Sozialverbänden käme.

Ausdrücklich nennen möchte ich die vielen guten Erfahrungen, die wir im Kontext des Ökumenischen Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung machen konnten. Hier wurde ein Weg entdeckt, wichtige politische Herausforderungen von heute aufzunehmen und in christlicher Perspektive auf sie einzugehen. Daß dies oft in engem Kontakt mit den Brüdern und Schwestern in den anderen christlichen Kirchen geschah, halte ich für ein großes Geschenk.

Drittens werden wir auch im sozialen Engagement zu einer geistlichen, spirituellen Vertiefung finden müssen. Gerade die Stärkung der Solidarität, zu der uns Gott in Jesus Christus neu befähigt und beauftragt, braucht als Nährboden das gläubige, geistliche Wissen um die universale Geschwisterlichkeit, die uns Christus geschenkt hat. Ohne eine tiefe „Gottverwurzelung“ wird unser Zeugnis die nötige Kraft und Glaubwürdigkeit nicht finden können, unser Appell an die Solidarität zu schwach und unser Einsatz für Freiheit und Gerechtigkeit zu oberflächlich bleiben. Wege spiritueller Vertiefung haben uns die Ortskirchen vieler Länder vor allem der anderen Kontinente gewiesen. Wir können von ihnen vieles lernen. Erfreulicherweise werden bereits in vielen überschaubaren Gemeinschaften auch bei uns Methoden des „Bibelteilens“, der „gemeinschaftlichen Entscheidung aus dem Glauben“, der „Lebensbetrachtung“ und des „lebendigen Evangeliums“ praktiziert, in denen Glaube und Leben in vertiefter Weise zusammengebracht und solidarisches Denken und Handeln grundgelegt und eingeübt werden.

Damit komme ich zum Ende meines Vortrags. Ich habe zu zeigen versucht, daß der gedankliche Ansatz und die inhaltlichen Aussagen von *Rerum Novarum* ihre Gültigkeit bis heute bewahrt haben. Die „Zeichen der Zeit“ gebieten es heute, bei der kreativen Rezep-

tion unserer katholischen sozialen Tradition die Kräfte besonders darauf auszurichten, daß wir einer neuen Kultur der Solidarität zum Wachstum verhelfen. Sie ist der Schlüssel zu einer Zukunft, in der Freiheit und Gerechtigkeit gleichermaßen die Ordnung der Gesellschaft prägen.

Dieses Ziel hat schon Leo XIII. verfolgt. Es ist uns noch aufgegeben. Am Ende dieses Jahres werden die Bischöfe Europas bei einer Sondersynode in Rom Gelegenheit haben, aus der Sicht des Glaubens auch über Freiheit und Gerechtigkeit in Europa zu beraten.

Es geht um die Aufgaben einer neuen Evangelisierung Europas. Für diese aber gilt, was Johannes Paul in „Centesimus Annus“ sagt: „Die ‚Neuevangelisierung‘, die die moderne Welt dringend nötig hat ..., muß zu ihren wesentlichen Bestandteilen die Verkündigung der Soziallehre der Kirche zählen.“ (CA 5) In Deutschland wird uns der Karlsruher Katholikentag die Gelegenheit geben, über die neue Evangelisierung in Europa miteinander zu sprechen und dies im Geist der Katholischen Soziallehre zu tun. Möge dies ein wirksamer Beitrag sein zu einer neuen Kultur der Solidarität!